

Pressemitteilung

München, den 26. Februar 2026

Bayern vor der Kommunalwahl 2026

Städte und Gemeinden bilden das feste Fundament des Freistaats Bayern

„Die Städte und Gemeinden bilden das feste Fundament des Freistaats Bayern. Die Menschen erleben vor Ort staatliches Handeln zuallererst als kommunales Handeln. Städte und Gemeinden vermitteln Identität. Hier gestalten die Menschen ihr Leben, hier finden die Menschen Verwurzelung und Heimat. Das Herz des demokratischen Staatswesens schlägt in den Städten und Gemeinden,“ sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr.

In 2056 Städten und Gemeinden entscheiden im März 2026 bei den Kommunalwahlen die Wahlberechtigten über die Zukunft ihres Gemeinwesens. Rund 39.500 kommunale Mandats-träger stellen sich der Verantwortung in Gemeinderäten und Stadträten, als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, als Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie in den Kreistagen.

Pannermayr: **„Diejenigen, die sich zur Wahl stellen, die in Veranstaltungen oder in Medieninterviews und gegenüber der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen, haben Respekt und Anerkennung verdient. Sie leisten einen enormen Beitrag, um die kommunale Selbstverwaltung mit Leben zu erfüllen. Viele erledigen dies im Ehrenamt. Kandidatinnen und Kandidaten für kommunale Mandate dürfen nicht zur Zielscheibe für Beleidigungen oder Übergriffe werden.“**

Seit Jahren ist zu beobachten, wie das gesellschaftliche und politische Klima härter wird, wie sich Ressentiments, Populismus, Beleidigungen und Hetze Bahn brechen. Alle Ebenen spüren diese Verschärfung, Bundes- und Landespolitik ebenso wie Kommunalpolitik und Verwaltungen. Betroffen sind Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Mitarbeitende – auch mit ihrem privaten Umfeld, mit Ehepartnern und Kindern. Pannermayr: **„Beleidigungen oder gar Übergriffe dürfen nicht hingenommen werden. Und besonders wichtig ist, dass die Gesellschaft zusammensteht und Angriffe solidarisch zurückweist.“**

Kommunalpolitik ist gerade in der Wettbewerbssituation des Wahlkampfs von harten Diskussionen und Polarisierung geprägt, sagt Pannermayr: **„Debatten müssen sachlich bleiben. Persönliche Angriffe und Beleidigungen dürfen keinen Raum gewinnen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Emotionen müssen wir uns in den Diskussionen immer mit gegenseitigem Respekt begegnen. Denn uns ist allen klar: Nach der Wahl geht es um die sachliche Zusammenarbeit für unsere Städte und Gemeinden.“**

Die kommunale Selbstverwaltung steht derzeit unter schwierigen Rahmenbedingungen. Die Finanzlage der Städte und Gemeinden ist in eine massive Schieflage geraten. Die Fülle an Aufgaben sorgt für wachsende Ausgaben. So sind insbesondere die Aufwendungen für Personal und Soziales in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen und haben die kommunalen Haushalte in eine strukturelle Schieflage gebracht.

Pannermayr: **„Es geht um einen angemessenen kommunalen Anteil am Steueraufkommen und um eine faire Finanzierung bei Aufgabenübertragungen an die Kommunen. Letztlich bedeutet die Frage der Finanzausstattung weitaus mehr als eine schnöde Forderung nach mehr Geld: Die Kommunen müssen in der Lage sein, ihre Aufgaben gut zu erfüllen. Wir brauchen leistungsfähige Städte und Gemeinden, wenn Probleme zu lösen sind, wie Klimaschutz und Klimaanpassung, Hitzeschutz und Hochwasserschutz, Bildung und Integration, Mobilität und öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wärmeversorgung, Wohnungsbau und Städtebau.“**

Pannermayr: **„Je besser die Kommunen wirken können, je konstruktiver sie gestalten können, desto geringer ist die Politikverdrossenheit. Kommunen müssen handlungsfähig bleiben. Solide Kommunalfinanzen sind die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen.“**

Die Kommunen erledigen rund 25 Prozent der Staatsaufgaben, sind jedoch nur zu 14 Prozent am Steueraufkommen beteiligt. Staatsregierung und Landtag umgehen häufig das Konnexitätsprinzip („wer anschafft, muss bezahlen“), indem sie bewusst keine rechtlichen, sondern freiwillige Anforderungen definieren, aus denen aber faktisch Handlungsbedarf entsteht.

Wegen der direkten Persönlichkeitswahl stehen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in enger Verbindung zur Bevölkerung – die Erwartungen und Wünsche, etwa beim Ganztagsanspruch für Kinder oder beim Klimaschutz, werden direkt an die Rathäuser und persönlich an die Bürgermeister adressiert. Häufig bekommen die Kommunen jedoch nur unzureichende Finanzmittel, um die bei den Menschen geweckten Erwartungen erfüllen zu können. Pannermayr: **„Nur, wenn Städte und Gemeinden leistungsfähig sind, können sie den gesellschaftlichen, demografischen und klimatischen Herausforderungen gerecht werden.“**

Nach einem Rekorddefizit im Jahr 2024 (5,3 Milliarden Euro) werden Bayerns Kommunen auch das Jahr 2025 mit einem negativen Ergebnis abschließen. Das Rekord-Minus verfestigt sich. Pannermayr: **„Der Ende 2025 ausgehandelte kommunale Finanzausgleich und das vom Bund aufgelegte Sondervermögen verschaffen den Kommunen zwar eine kurze Verschnaufpause, bringen aber letztlich keine dauerhafte Lösung. Denn die Finanzen der Städte und Gemeinden stecken unverändert in einer strukturellen Schieflage.“**

Immer mehr Städte und Gemeinden können keine genehmigungsfähigen Haushalte aufstellen. Dies bekommen Bürger und regionale Wirtschaft zu spüren. Der Bedarf an Investitionen bei Straßen und Wegen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen, Brand- und Katastrophenschutz ist enorm. Ihre starke Investitionskraft konnten die Kommunen bis jetzt nur durch eine höhere Verschuldung aufrechterhalten. Dieser Weg ist aber auf Dauer nicht durchzuhalten. Deshalb braucht es eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen, um die Einnahmebasis zu stärken und die Ausgabendynamik zu durchbrechen.

Pannermayr: **„Die Rahmenbedingungen für die Kommunen werden nicht einfacher. Daher wird es in den nächsten sechs Jahren vor allem darauf ankommen, die eigenen Spielräume optimal zu nutzen. Entbürokratisierung und Digitalisierung sind Hebel, an denen wir – mit Unterstützung von Bund und Land – dringend arbeiten müssen. Und vor allem müssen alle demokratisch gesinnten Kräfte zusammenwirken und sich entschieden gegen Spaltung und Populismus in Stadt- und Gemeinderäten stellen.“**